

Zwischen Eurofetischismus und Nationalismus

Ein Dritter Weg für die Zukunft der EU

Peter Wahl

Vortrag beim MAKROSKOP-Kongress, 22.10.2016

Spätestens der BREXIT hat die Grundfrage nach Ziel und Zweck des Integrationsprozesses, die sog. Finalitätsfrage, auf die Tagesordnung gesetzt. Es genügt jetzt nicht mehr, sich gegen TTIP, die Kapitalmarktunion oder Austerität zu wenden und dabei aber die Zielrichtung der Integration im Nebulösen oder Utopischen zu belassen. Man kommt nicht mehr darum herum, Farbe zu bekennen und sich zum Ziel des weiteren Prozesses zu erklären.

Das erwartet nicht nur die Öffentlichkeit. Die Krise der EU hat inzwischen auch ein Stadium erreicht, in dem grundlegende Weichenstellungen notwendig aber auch möglich geworden sind – und damit Gestaltungsmöglichkeiten, wie sie nur Umbruchzeiten bieten. Es bietet sich jetzt ein *window of opportunity*. Es muss genutzt werden, bevor es sich wieder schließt. Über politische Positionen, die meinen sich heraushalten zu können, oder bei business as usual verharren, wird die Geschichte dagegen hinweggehen.

Zur Wahl stehen grob drei grundsätzliche Optionen:

- a. das Festhalten an der „*immer engeren Union der Völker Europas*,“ wie es in der Präambel der Verträge heißt und was am Ende auf einen föderalen Bundesstaat hinausläuft;
- b. die Rückkehr zu einem rein nationalstaatlichen System;
- c. ein dritter Typus bzw. *Dritter Weg* von europäischer Kooperation, den man als *Flexible Integration* oder *differentielle Integration* bezeichnen könnte.

Bisher ist die Diskussion über die Finalitätsfrage in hohem Maße von einer binären Logik bestimmt. Zugespitzt: entweder „*Rückfall in die Kleinstaaterei*“ oder „*vorwärts in die lichte Zukunft der Vereinigten Staaten von Europa!*“ Und das Ganze wird mit hohem Affektpotential vertreten. Vor allem in Deutschland - und hier insbesondere links der Mitte – geht es dann schnell um Krieg und Frieden, um Internationalismus und Nationalismus. Als ob es nur Schwarz und Weiß, Gut und Böse gäbe!

Stattdessen sollte man sich von solchen Absolutheiten lösen und einmal nüchtern die Optionen durchdenken. Prüfen wir zuerst die Option der „*immer engeren Union der Völker Europas*.“

Politische Union – gegen den Willen der Mehrheit

„Mehr Europa!“ und ihr Endziel, die politische Union wird von der Mehrheit der Bevölkerungen abgelehnt. Ebenso von der Mehrheit der Eliten in Schlüsseländern wie Frankreich, Österreich, Niederlande, Polen, Dänemark u.a. Daran wird sich auch nichts ändern. Zum einen weil die grundlegenden Voraussetzungen für die Konstituierung eines solchen Projekts fehlen. Es gibt kein EU-Staatsvolk, es gibt keine gemeinsame Öffentlichkeit und keine EU-Identität – alles wesentliche Grundlagen um ein funktionierendes Gemeinwesen zu begründen.

Zum anderen aber auch, weil - anders als in Deutschland - die Konzepte *Nation*, *Nationalstaat*, *Souveränität* zumindest nicht negativ, wie bei uns, wenn nicht sogar positiv besetzt sind. Auch für linke Franzosen z.B. sind Nation und der dazugehörige Staat infolge infolge der Verknüpfung von Nation und der Revolution 1789 etwas anderes als für deutsche Linke. Und Souveränität wird in Frankreich seit Rousseau primär als Volkssouveränität und damit als Synonym für Demokratie verstanden, und nicht - wie in der deutschen Linken – nur in ihrem Bezug zwischen Regierungen verschiedener Nationalstaaten verstanden. Die deutsche Linke ist von ihrer Staatswerdung unter Hegemonie eines reaktionären Preußens sowie durch die Weltkriege und den Faschismus geprägt. Sie ist eben typisch deutsch.

Darüber hinaus haben natürlich auch kleinere Länder einen anderen Blick auf Souveränität als die Bürger des bevölkerungsreichsten und ökonomisch stärksten Landes in der Mitte des Kontinents. Es ist ein Leichtes, für Souveränitätstransfers an die supranationale Ebene zu plädieren, wenn man 80 Millionen ist. Das gäbe auch unter Bedingungen einer komplett supranationalen EU das beruhigende Gefühl nicht untergebuttert werden zu können. Aus dänischer oder tschechischer Sicht sieht das etwas anders aus.

Last but not least hat die Fehlkonstruktion der Gemeinschaftswährung sowie das Krisenmanagement seit dem Finanzcrash von 2008 und der Griechenlandkrise 2010 die Spaltungen vertieft und zentrifugalen Tendenzen verstärkt. Solange keine Alternative zum Eurosystem in seiner gegenwärtigen Form etabliert wird, werden die Fliehkräfte weiter wirken und sich verstärken. Stiglitz bringt in seinem neuesten Buch, in dem er für eine „eivernehmliche Scheidung“ vom Eurosystem plädiert viele Argumente, die ich hier nicht wiederholen will.

Unter diesen Bedingungen auf eine weitere Vertiefung der Integration zu setzen ist:

- a. eine germanozentrische Missachtung der Mehrheiten in der EU,
- b. die Verschärfung von Konfrontation und Konflikten,
- c. die Vertiefung der zentrifugalen Tendenzen und Spaltungen,
- c. eine Stärkung der Rechtspopulisten – wenn auch ungewollt.

Der Nationalstaat – Totgesagte leben länger

Der Nationalstaat bleibt, trotz unbestreitbarer Souveränitätsverluste durch Globalisierung und Souveränitätstransfers durch die EU-Integration auf absehbare Zeit die dominierende Form der Vergesellschaftung. Er ist gegenüber allen anderen multilateralen oder supranationalen Akteurstypen nach wie vor derjenige, der über die meisten ökonomischen, politischen, juristischen, kulturellen etc. Ressourcen verfügt, um Gesellschaft zu organisieren und Probleme zu lösen. Das ist eine Feststellung, keine Bewertung.

Daran ändert auch nichts, dass einige Problemlagen, wie der Klimawandel inzwischen die Fähigkeiten selbst der großen Nationalstaaten, aber auch der EU übersteigen. Daraus ergibt sich der Zwang zu internationaler Zusammenarbeit, macht den Nationalstaat aber nicht obsolet, wie man an den Klimaverhandlungen wunderbar studieren kann.

Das liberale und linke Milieu hat das Beharrungsvermögen des Nationalstaates unterschätzt. Die Habermas-These von der „postnationalen Konstellation,“ oder das „Empire“ von Hardt/Negri waren analytisch verkürzt und haben sich empirisch als unzutreffend erwiesen.

Auch in der EU ist der Nationalstaat beileibe nicht tot. Auch wenn sich Jean-Claude Juncker gern als Äquivalent von Obama, Xi, Modi oder Putin darstellt, so führt das doch in die Irre. Was im dominierenden Narrativ meist untergeht, ist die Tatsache, dass die EU staatstheoretisch ein einmaliges Hybridgebilde ist: nämlich ein Amalgam aus einer Allianz von Nationalstaaten und supranationalen Komponenten. Zu letzterem gehören z.B. der Binnenmarkt, die Agrar- und Zollpolitik, die EZB und der EUGH. Die EU ist staatstheoretisch und auch in der Praxis nicht vergleichbar mit den USA, China, Indien oder Russland. Unter anderem die viel beklagte Komplexität der Entscheidungsprozess und die daraus resultierenden Defizite bei der Handlungsfähigkeit sind ein Beispiel dafür. Bestenfalls könnte man von einem *Protostaat* oder einem Staat *in the making* sprechen. Wobei der Stand der Dinge noch immer näher bei den Nationalstaaten liegt, als bei der politischen Union.

Ambivalenz des Nationalstaats

Daraus folgt keine unkritische Affirmation des Nationalstaats. Natürlich ist der Nationalstaat ambivalent. Die hohe Verdichtung von Interaktionen innerhalb seiner Grenzen führt dazu, eine starke kollektive Identität zu erzeugen, d.h. eine gesellschaftliche Festlegung von *Wir* und die *Anderen*, vom *Eigenen* und dem *Fremden*, und in der Übersteigerung auch von *Freund* und *Feind*. Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit sind daher im Nationalstaat immer potentiell angelegt. Aber von da aus führt kein Automatismus zu Expansion, Aggression, Kolonialismus oder Imperialismus. Das müssen erst noch ganz andere Faktoren hinzukommen. Erst dann wird der Nationalstaat die Plattform, von der aus Expansion und Aggression ausgehen.

Andererseits aber ist auch die moderne Demokratie historisch und strukturell untrennbar mit dem Nationalstaat verknüpft - und damit die Möglichkeit, Gegengewichte gegen Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit auszubilden und den Nationalstaat zu zivilisieren. Solange kein funktionierendes Konzept von Demokratie jenseits des Nationalstaates existiert – die Abwesenheit von Demokratie in den EU-Institutionen ist der beste Beleg dafür – leistet man der Demokratie einen Bärendienst, wenn man den Nationalstaat zum toten Hund erklärt. Er bleibt gerade in einem großen Nationalstaat wie Deutschland die wichtigste, wenn auch nicht die einzige, Arena gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Und wenn es stimmt, dass Deutschland die Hauptkraft bei der Durchsetzung der Austeritätspolitik ist, dann erhöht das die Verantwortung der deutschen Kritiker dieser Politik zusätzlich.

Ein europäischer Superstaat - Nationalstaat in Potenz

Aber selbst wenn die Überwindung des Nationalstaates irgendwann möglich würde, folgt daraus nicht, dass das per se ein emanzipatorisches Projekt wäre. Integration ist kein Zweck an sich. Es entstünden ein Super-Nationalstaat und eine Supermacht, die neue Ausschließungen erzeugen und die Gebrechen der alten Nationalstaaten auf qualitativ höherer Ebene reproduzieren würden. Gerade derzeit erleben wir, wie mit der Erzeugung eines neuen Feindbildes, nämlich Russland, massiv versucht wird die Erosionstendenzen im Inneren durch die Konstruktion eines äußeren Feindes etwas entgegenzusetzen. Eine Methode die wohl Jahrtausende alt ist. Dabei ist es auch immer wieder gelungen, kritische Kräfte in den „Burgfrieden“ einzubinden. Die Unterstützung der deutschen, französischen, britischen etc. Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg für ihren jeweiligen Imperialismus ist das folgenreichste Exempel dafür, wenn auch nicht das einzige. Dieses Muster zieht sich bis heute durch die Geschichte.

Gerade die linke Phobie gegenüber dem Nationalstaat, die „*Mehr Europa!*“ als Mittel zu dessen Überwindung betrachtet, käme vom Regen in die Jauche. Die Vertiefung der Integration ist per se weder ein internationalistisches noch ein Friedensprojekt.

Als Zwischenfazit lässt sich also festhalten: die politische Union ist realpolitisch nicht machbar und aus emanzipatorischer Sicht auch nicht unbedingt wünschbar.

Wie sieht es nun mit den Vorstellungen aus, die EU aufzulösen und den status quo ante wieder zu etablieren?

Die Illusion eines nationalstaatlichen Weges

Auf der rechten Seite des politischen Spektrums behauptet man, es sei möglich in gleicher Weise wie im 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Wirtschaft, Kommunikation und Kultur eines Nationalstaates zu kontrollieren.

Aber auch hier ist die Frage, ob es sich überhaupt um eine realistische Option handelt. Denn die europäische Integration wird schon seit einigen Jahrzehnten durch einen anderen, viel umfassenderen Prozess überlagert und überformt, der als historische Tiefenströmung den ganzen Planeten erfasst hat: die Globalisierung. Sie hat zur Entstehung transnationaler Finanzmärkte und Produktionsketten geführt, die von Unternehmen getragen werden, die zurecht als Global Player bezeichnet werden. Für all die Volkswagen, BNP, Unicredit, BASF, Shell und Luis Vuittons sind nicht nur die nationalen Grenzen, sondern auch die der EU schon lange zu eng. Die Globalisierung hat zu einer enormen Intensivierung des Welthandels geführt. Die modernen Verkehrs- und Kommunikationsmittel, vorneweg das Internet, haben zu globalen Austausch- und Angleichungsprozessen geführt. Sie relativieren nationale Grenzen ebenso wie die Grenzen der EU, schon lange vor und unabhängig vom Ausbau von FRONTEX. Selbst wenn die EU auf einen Schlag nicht mehr existierte, würden die ökonomischen, kommunikativen, kulturellen u.a. Verflechtungen im transnationalen Raum weiter bestehen. Daher braucht es heute nicht mehr die EU, um international vernetzt und weltoffen zu sein.

In diesem Punkt haben die Brexiter Recht. Der Ausstieg Großbritanniens wird mitnichten im Rücksturz ins 19. Jahrhundert enden. Er wird zwar einen Preis haben, aber das ist bei allen Umbrüchen dieser Größenordnung der Fall. Und zwar auch in Gegenrichtung. Auch Integration verursacht Kosten – wie die Südeuropäer an der Integration in das Eurosystem am eigenen Leibe verspüren.

Und erst recht kommt auch Marine LePen nicht darum herum, dass Frankreich in die Zusammenhänge der Globalisierung eingebunden ist. Wenn sie nicht die Option eines nordkoreanischen Entwicklungsweges ergreifen will – und danach sieht es keineswegs aus – werden McDonald's, BMW und Mastercard nicht aus Frankreich verschwinden – und damit auch nicht die Zwänge, die damit verbunden sind.

Es ist also eine Illusion, wenn die Rechtspopulisten eine Rückkehr in eine angeblich gute alte Zeit versprechen.

Flexible Integration

Gegenüber der ständigen Vertiefung der Union und der Rückkehr zum Nationalstaat gibt es einen Dritten Weg, eine flexible oder differentielle Integration mit einer Öffnung nach außen. Sie besteht aus folgenden drei Hauptkomponenten:

- ein Mix aus selektiver Integration und selektiver Desintegration,
- stärkere Öffnung nach außen,
- variable Geometrie der Zusammenarbeit.

Was bedeutet das konkret?

Nach innen wäre das eine Kombination aus selektiver Integration und selektiver Desintegration. Das heißt auf bestimmten Politikfeldern könnte es einen Rückbau geben, zum Beispiel bei der Währungsfrage. Hier könnte eine Alternative etwa nach dem Muster des EWS an die Stelle des Euro treten. Das würde zum einen Kooperation erfordern, zugleich aber auch Flexibilität einzelner Volkswirtschaften ermöglichen, indem in einem politisch vereinbarten Korridor auf- und abgewertet werden kann. Man könnte auch die vier Grundfreiheiten vom Primärrecht auf Sekundärrecht herabstufen, um zu verhindern, dass die harten Binnenmarktregeln im Konfliktfall per EUGH Vorrang vor dem Soft Law der Arbeitnehmerrechte, Umwelt und anderer Gemeinwohlinteressen bekommen. Auch die militärische und rüstungspolitische Zusammenarbeit wäre ein Kandidat für Desintegration. Nachdem 800 Jahre Kreuzzüge, Kolonialismus und Imperialismus ihre Blutspur über den Planeten gezogen haben, sollten sich die 8% der Menschheit, die in der EU leben, endlich daran gewöhnen, dass der „Rest der Welt“ keinen Wert darauf legt, am europäischen Wesen zu genesen.

Umgekehrt könnte auf anderen Gebieten die Integration vertieft werden. Interessant wären hier z.B. der ökologische Umbau, insbesondere die Energie- und Verkehrspolitik oder die Steuerpolitik. Auch die Freizügigkeit kann beibehalten werden. Hier hat die EU keineswegs das Monopol. Auch schon vor seiner EU-Mitgliedschaft gab es Reisefreiheit mit Österreich und Dänemark. Auch die Grenze zur Schweiz ist durchlässig, so wie dies auch in anderen Weltgegenden, z.B. zwischen Kanada und den USA der Fall ist.

Nach außen bedeutet es zweitens eine stärkere Öffnung zu Nachbarregionen, also zu Nordafrika, zur Türkei/Nahost, Balkan, Osteuropa und Eurasischer Wirtschaftsunion. Aber anders als die bisherigen Assoziierungsabkommen mit ihren umfangreichen Anforderungen, die bis hin zu Außen- und Sicherheitspolitik gehen, müssten zukünftige Abkommen auf die spezifische Situation des betreffenden Partners zugeschnitten und viel lockerer gestaltet sein. Die wirtschaftliche Kooperation bekommt dabei auch eine friedenspolitische Komponente. Das war schon eine Überlegung bei den Anfängen der Integration, der Montanunion. Wer beim anderen Geld verdienen will, schießt nicht so schnell.

Denkbar ist das auch transatlantisch, sofern es nicht auf geopolitische Blockbildung und Wirtschafts-Nato hinausläuft. Das würde auch viele Schwierigkeiten im Umgang mit Nachbarländern ausräumen. Angefangen bei Großbritannien nach dem Brexit. Die Scheidung könnte weniger absolut und radikal gestaltet werden.

All dies würde dann drittens nach dem Muster variabler Geometrie, vulgo: *Koalitionen von Willigen* verlaufen. Beispiel: Wer bei ehrgeizigen Klimazielen, dem ökologischen Umbau, der Energieversorgung oder integrierter Verkehrspolitik kooperieren will, kann das tun, auch wenn nicht alle 27 mitmachen. Umgekehrt können diejenigen, die an ihren AKW's oder Kohlekraftwerken festhalten wollen, die anderen nicht mehr blockieren. Einigkeit um jeden Preis und die Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners führen nicht mehr zu Handlungsunfähigkeit.

Das mag für manchen ziemlich radikal klingen. Aber es ist alles in der einen oder anderen Form bereits Praxis. Die Sonderregelungen, die Großbritannien schon seit seinem Beitritt genießt sind ein solches Beispiel. Auch die Fortführung des EWS zwischen dänischer Krone und der Euro, oder im vergangenen Jahr die Außerkraftsetzung des Dublin Abkommens gehören in diese Reihe.

Mehr noch: Diese Praktiken sind nicht nur als Regelverletzung oder spontan aus Notlagen geboren, sondern sie sind im Ansatz schon jetzt von den EU-Regularien vorgesehen. Nämlich im Verfahren der sog. *Erweiterten Zusammenarbeit* (enhanced cooperation). Demnach kann eine Gruppe aus mindestens neun Mitgliedsstaaten, die zugleich für 60% der Bevölkerung der EU stehen müssen und von 75% der Stimmen im Rat die Genehmigung bekommen müssen) Projekte durchführen, ohne dass die anderen mitzumachen brauchen. Die Finanztransaktionssteuer wird gegenwärtig in diesem Rahmen von zehn Ländern verhandelt. Das Verfahren ist derzeit noch zu restriktiv und kompliziert, aber der Grundgedanke geht in die richtige Richtung.

Die *variable Geometrie* zeigt sich auch in der wachsenden Zahl von informellen Untergruppen oder Subzentren. Die Mittelmeerunion Sarkozys war ein solcher Versuch, der zwar eingeschlafen ist, aber im sog. *Club Med* auf Initiative von Alexis Tsipras wieder belebt wurde. Das *Weimarer Dreieck* aus Frankreich, Deutschland und Polen ist ein anderes Format. Spektakulär hat sich in diesem Zusammenhang auch die *Visegrad Gruppe* in Szene gesetzt, auch wenn deren Asyl- und Migrationspolitik reaktionär ist.

Der Binnenmarkt bleibt in diesem Konzept erhalten, wobei die Privilegierung der Binnenmarktregeln aufgehoben wird. Auch die Brüsseler Institutionen bleiben bestehen, wenn auch mit veränderter Funktion. Die Kommission übernimmt koordinierende und technische Dienstleistungen, und stellt Know How zur Verfügung. Der Rat bleibt als Planungs- und Beratungsgremium bestehen. Das EP fungiert vorwiegend als Clearingstelle zwischen den nationalen Parlamenten. Der EUGH wird zum Schiedsgericht auf der Grundlage freiwilliger Konfliktmoderation. Die EZB wird an die neue Währungssituation angepasst.

Der Preis des Dritten Wegs

Die Flexible Integration bedeutete im Kern eine Reduzierung der supranationalen Komponenten und des Zwangs zur Vereinheitlichung. Sie bricht mit der binären Logik, wonach es entweder nur die lichte Zukunft der vertieften Integration oder die finsternen Abgründe des Nationalstaates gäbe. Sie fördert die internationale Kooperation und grenzt sich klar vom nationalistischen Programm ab. Ein solch Dritter Weg beendet nicht die Auseinandersetzung um die gesellschaftspolitische Orientierung von Integration und Desintegration, aber er erhöht die Chancen progressive Projekte wenigstens in einigen Ländern und bei einigen Teilbereichen durchzusetzen. Versuche, wie der Griechenlands, eine sozialdemokratische Wirtschafts- und Sozialpolitik zu betreiben, könnten von keinem Schäuble, keiner Troika und keiner EZB mehr liquidiert werden.

Allerdings bedeutet das Konzept auch, sich von einigen überkommenen Vorstellungen zu verabschieden. Aber das ist immer noch besser als ein konfrontatives und chaotisches Auseinanderbrechen der EU mit seinen unkalkulierbaren Folgen.

Verabschieden muss man sich zum Beispiel:

- von der Strategie des „*Mehr Europa*“ auch in seiner linken Variante „*Mehr Europa, aber anders*“ und erst recht
- von der Utopie der *Vereinigten Staaten von Europa*,
- von der Sakralisierung des Euro, wie wir ihn kennen,
- von der Sehnsucht, sich endlich wieder mit einem Großkollektiv - „*Ich bin überzeugter Europäer*“ - identifizieren zu können, nachdem das „*Ich bin stolz, Deutscher zu sein*“ zurecht zum No-Go wurde. Diese Leerstelle bleibt,

- von dem Irrtum, dass der Ausbau der EU zur Groß- oder Supermacht die angemessene Antwort auf die Umbrüche im internationalen System sein könnte, mit der allein wir uns gegenüber den USA, China, Russland und den anderen Schwellenländern behaupten könnten.

Wie realistisch ist das alles?

Die traditionelle europapolitische Strategie links der Mitte – „*Mehr Europa, aber anders*,“ oder „*das soziale Europa*“ wird seit Beginn der 90er Jahre, also seit einer Generation verfolgt. Erfolgreich war sie nicht. Im Gegenteil, das neoliberale Projekt hat immer mehr an Terrain gewonnen. Inzwischen ist auch der Rechtspopulismus auf den Plan getreten und hat die Hegemonie in der EU-Kritik übernommen. Gleichzeitig aber liegen EU-Themen im Zentrum der politischen Auseinandersetzungen.

Unter diesen Bedingungen kann die Wiederholung überkommener Parolen oder gar europäistisches Pathos und die Sakralisierung der „europäischen Idee“ nur noch weiter in die Defensive führen. Gleichzeitig verbieten sich Zugeständnisse an Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit. Die Herausforderung besteht also darin, eine deutliche EU-Kritik zu artikulieren - aber mit emanzipatorischem Profil.

Deren Erfolgsaussichten sind natürlich nicht garantiert. Aber im Gegensatz zum unrealistischen „*Mehr Europa*“ gibt es einige Voraussetzungen, die den Ansatz der flexiblen Integration begünstigen. So kann er an bereits bestehenden Tendenzen in der Entwicklung der EU anknüpfen. Man hat also den Wind der Geschichte in den Segeln und muss nicht dagegen ankreuzen. Und er kann die EU-kritische Stimmung in der Bevölkerung als Ressource für die Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse erschließen. Als „Nebenwirkung“ kann man damit den Rechtspopulisten die Hegemonie über die EU-Kritik streitig machen. Allein dafür lohnt es sich schon, es zu probieren.